

# Statistische Nachrichten

## 1. Quartal 2001

Charlotte Höhn <sup>1)</sup>

### Demographische Probleme des 21. Jahrhunderts aus deutscher Sicht

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin aus Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Verlag Leske + Budrich, Opladen, Jg. 25, 3-4/2000, S. 375-398

#### Zusammenfassung

*Aus deutscher Sicht stehen die Konsequenzen der demographischen Alterung einerseits und die Fragen von internationaler Migration und Integration der Zugewanderten andererseits auf der Tagesordnung der Zukunft. Während sich die Politiker geeigneten Reformen und Maßnahmen als Korrektiv unerwünschter Konsequenzen widmen müssen, ist es Aufgabe der Bevölkerungswissenschaftler, einschlägige Analysen und Modelle zur Politikberatung weiterhin und verstärkt vorzulegen.*

*Ausgehend von einem demographischen Rückblick in das 20. Jahrhundert mit einer Analyse des bisherigen und zukünftig zu erwartenden (niedrigen) Geburtenniveaus, der Zunahme der Lebenserwartung, der bisherigen und verschiedenen Annahmen zur zukünftigen Wanderung von Ausländern und Deutschen und des daraus resultierenden Altersaufbaus wird festgestellt, dass Einwanderung bestenfalls zukünftig eventuell auftretende Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt ausgleichen, nicht jedoch die Bevölkerungsalterung verhindern kann.*

*Zu den Problemen hinsichtlich der Konsequenzen der demographischen Alterung gehören*

- *Reformmaßnahmen im Bereich der Sicherung der Alterseinkommen unter Wahrung einer Generationengerechtigkeit*
- *Reformmaßnahmen hinsichtlich des Gesundheitswesens und der Krankenversicherung*
- *Reformmaßnahmen zur Pflege unter Berücksichtigung sich wandelnder Familien- und Lebensformen.*

*Hinsichtlich von Migration und Integration sind zu bedenken*

- *unterschiedliche Gründe der Einwanderung aus deutscher Sicht (humanitäre, ökonomische und verfassungsrechtliche) wie auch der Einwanderungswilligen (bessere Aussichten auf Arbeit und soziale Absicherung, aber auch Schutz vor Verfolgung, (Bürger)-Kriegen und Umweltkatastrophen als in den Herkunftsländern)*
- *Maßnahmen zu einer gelungenen wirtschaftlichen und sozialen Integration.*

*Eine Reihe der möglichen Optionen wird diskutiert.*

#### 1. Vorbemerkungen zu den zwei demographischen Hauptthemen

Aus deutscher Sicht stehen für das 21. Jahrhundert - wie wir zeigen werden, aber insbesondere für die nächsten Jahrzehnte - die Konsequenzen der demographischen Alterung einerseits und die Fragen von internationaler Migration und Integration der Zugewanderten andererseits auf der Tagesordnung der Zukunft. Dabei geht es auch darum zu erörtern, inwieweit und unter welchen Bedingungen Einwanderung zur Behebung oder Milderung der demographischen Alterung beitragen kann.

Diese beiden demographischen Hauptthemen sind einerseits politischer, andererseits wissenschaftlicher Natur. Während sich die Politiker geeigneten Reformen und Maßnahmen als Korrektiv unerwünschter Konsequenzen widmen müssen, ist es Aufgabe der Bevölkerungswissenschaftler, einschlägige Analysen und Modelle zur Politikberatung weiterhin und verstärkt vorzulegen. Die Bevölkerungswissenschaftler haben dabei eine wichtige Bringschuld an die politisch Verantwortlichen und sollten sich nicht darauf berufen, alle demographischen Befunde zur Alterung der Bevölkerung schon seit 30 Jahren vorgelegt zu haben. Die Politiker sind in diesen 30 Jahren keineswegs völlig untätig geblieben, wie unter anderem die Bevölkerungsberichte der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag vom Anfang der 80er Jahre (Bundesministerium des Innern 1980 und 1984) und die zwei umfangreichen Zwischenberichte der Enquete-Kommission Demographischer Wandel des Deutschen Bundestags aus den 90er Jahren (Deutscher Bundestag 1994 und 1998) sowie Reformgesetze zur gesetzlichen Rentenversicherung, zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen und die Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung belegen.

Während die Alterung der Bevölkerung für die Demographen und deren mögliche Folgen für die

Bevölkerungsökonomien und Bevölkerungssoziologen schon lange ein zentraler Forschungsgegenstand ist und auch die Politiker sich dieser Fragestellung schon seit langem zuwenden, ist das Thema Migration und insbesondere Integration von der Politik eigentlich erst im Jahr 2000 offen angegangen worden, und der Forschungsbedarf erscheint hier ebenfalls größer und ungedeckter als hinsichtlich der Alterungsfragen. Auslöser für die aktuelle Hochkonjunktur der beiden demographischen Themen Bevölkerungsalterung und Einwanderungs-/Integrationsbedarf war eine Studie der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen mit dem Titel „Bestandserhaltungsmigration: Ist sie eine Lösung für abnehmende und alternde Bevölkerungen?“ (United Nations 2000a), die seit Anfang des Jahres 2000 sowohl bei den Medien als auch bei den Politikern und Bevölkerungswissenschaftlern (nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen untersuchten Industrieländern USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Russland, Japan und Südkorea sowie in den übrigen Ländern der Europäischen Union) große Aufmerksamkeit erfuhr. Insbesondere in den Medien wurde behauptet, dass dringend mehr Einwanderer benötigt würden, damit es nicht zu einer wirtschaftlichen Katastrophe infolge eines Mangels an Arbeitskräften komme. Nun wird das in der Studie weder behauptet noch lässt es sich aus ihr ableiten. Aber das Thema Migration war damit dringend gestellt; es wurde zur Bevölkerungsfrage. Dabei wirft die Studie in zumindest gleicher, wenn nicht sogar größerer Schärfe die Frage der Bevölkerungsalterung auf, auf die politisch zu reagieren sei.

Der Titel der Studie „Bestandserhaltungsmigration: Ist sie eine Lösung für abnehmende und alternde Bevölkerungen?“ ist immerhin eine Frage, deren Beantwortung den Demographen im Prinzip klar ist. Die Antwort der UN-Demographen ist JA und NEIN. Es erscheint den UN-Demographen möglich, eine Schrumpfung der Bevölkerung insgesamt oder der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu verhindern, ohne freilich diese Ziele zu begründen oder gar zu fordern. Die Möglichkeit, den Alterungsprozess durch Einwanderung zu stoppen, wird von den UN-Demographen dagegen klar verneint, weil dies unvorstellbare Dimensionen der Einwanderung, z.B. nach Deutschland von jährlich 3,427 Millionen, erfordern würde. Dabei würde die Bevölkerung im Bundesgebiet von derzeit 82 Millionen auf über 299 Millionen im Jahr 2050 anwachsen. Der Alterung muss daher mit Reform- und Anpassungsmaßnahmen, zu denen unter anderem, aber nicht ausschließlich, auch gezielte Einwanderung gehört, begegnet werden.

## **2. Zum Entstehen der Bevölkerungsfragen - ein demographischer Überblick**

Um zu verstehen, wie es zur Alterung der Bevölkerung kam und wie sie sich unter plausiblen Annahmen in Zukunft entwickeln wird, ist zunächst ein Rückblick in die Vergangenheit erforderlich. Bevölkerungen verändern sich in ihrer Altersstruktur durch das Zusammenspiel aus gegebener Altersstruktur, der Entwicklung von Fertilität, Mortalität und Migration. Die drei Komponenten Fertilität, Mortalität und Migration verändern dabei ihrerseits allmählich die Altersstruktur, wobei die „neue“ Altersstruktur in erheblichem Maße die zukünftige Entwicklung der Altersstruktur beeinflusst. Ist die Elterngeneration zahlenmäßig groß, werden trotz niedrigem Geburtenniveau mehr Kinder geboren, als wenn die Elterngeneration bereits verhältnismäßig klein ist. Für den Blick in die Zukunft, also für Bevölkerungsvorausschätzungen oder Modellrechnungen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung, müssen Annahmen zur zukünftigen Entwicklung von Fertilität, Mortalität und Migration getroffen werden. Auch hierzu benötigt man Kenntnisse der bisherigen Entwicklung und theoretische Begründungen für die Plausibilität der Annahmen.

### **2.1 Die Bedeutung der Altersstruktur**

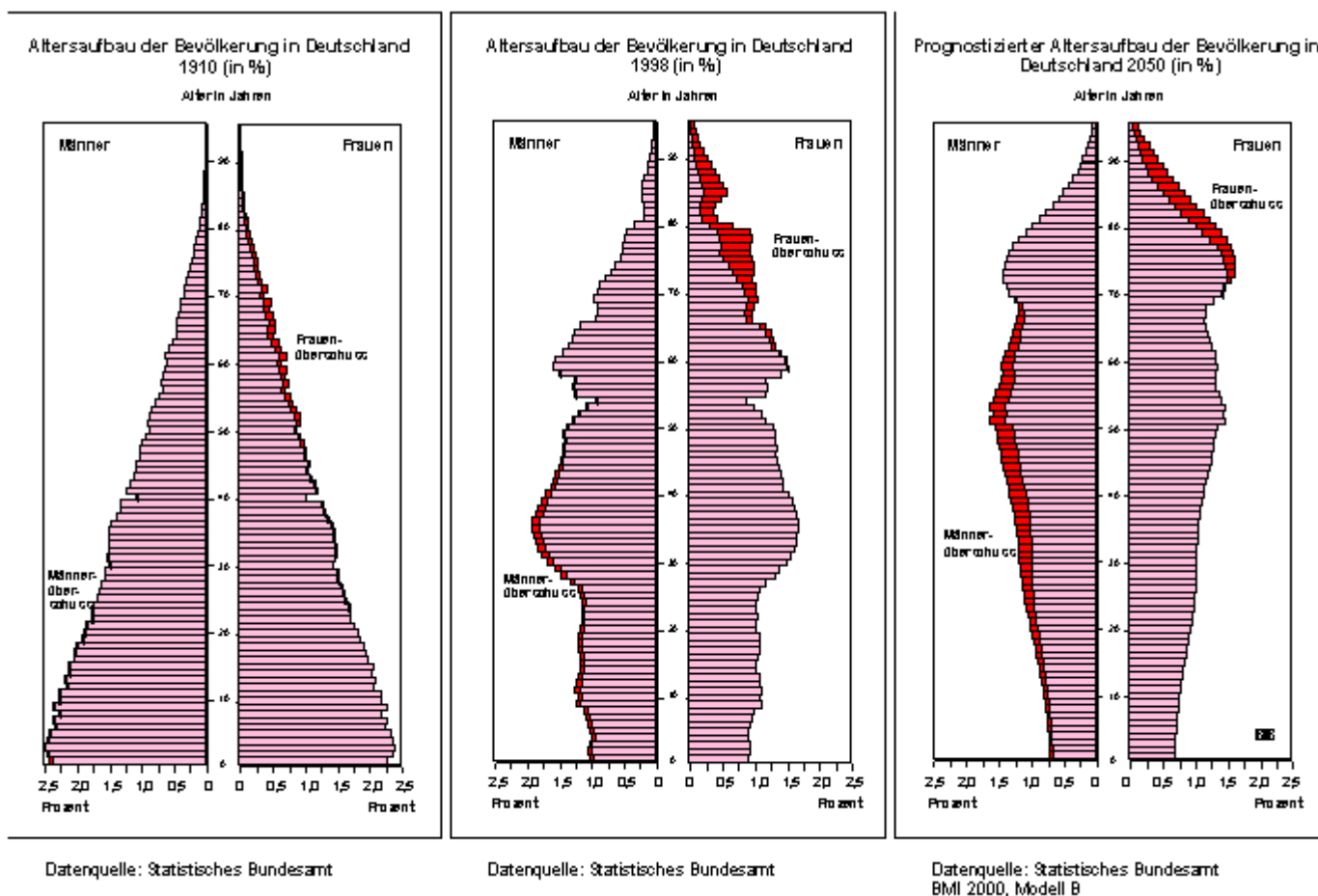
Als Einstieg in die Demographie der Alterung der Bevölkerung in Deutschland möchte ich die Entwicklung der Altersstrukturen in den Jahren 1910, 1999 und 2050 voranstellen, bevor ich die Entwicklung der Komponenten Fertilität, Mortalität und Migration im Einzelnen erläutere.

Zum besseren Vergleich handelt es sich um Darstellungen des Altersaufbaus in relativen, also nicht in absoluten Zahlen. Wie man in Abbildung 1 sieht, hatte der Altersaufbau im Jahre 1910 noch die Form einer Pyramide, was auf Bevölkerungswachstum hindeutet. Am Ende des 20. Jahrhunderts war der Altersaufbau bereits bis zum 28. Lebensjahr von unten stark eingeschnürt, die nachwachsenden potentiellen Elterngenerationen sind also bereits stark dezimiert, was für die zukünftige Geburtenzahl von großer Bedeutung ist und eine zukünftige Bevölkerungsabnahme und -alterung erwarten lässt. Des weiteren erkennt man im Vergleich zu 1910 eine bereits recht weit fortgeschrittene Alterung der Bevölkerung (außerdem einen starken Frauenüberschuss im Alter, der neben der längeren Lebenserwartung der Frauen auf das Fehlen der Gefallenen des 2. Weltkriegs zurückzuführen ist). Im Jahr 2050 ist dann mit einer sehr stark gealterten Struktur der Bevölkerung zu rechnen, bei der jeder Jahrgang unterhalb des 50. Lebensjahres kleiner ist als der jeweils ältere, was weitere Schrumpfung anzeigt.

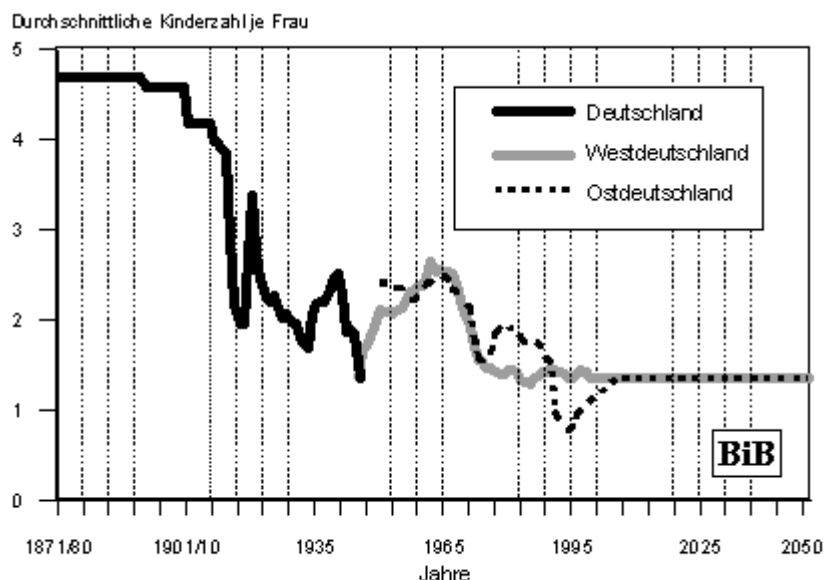
### **2.2 Die Entwicklung des Geburtenniveaus**

Betrachtet man die Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer von 1871 bis 1998, so ist zunächst festzuhalten, dass der eigentliche große Geburtenrückgang in der Zeit vom letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis zur Zeit nach dem 1. Weltkrieg stattfand.

**Abb. 1: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland 1910, 1999 und 2050 (in Prozent)**  
**Fig. 1: Population age structure in Germany, 1910, 1999 and 2050 (in percent)**



**Abb. 2: Zusammengefasste Geburtenziffern in Deutschland, 1871-2050**  
**Fig. 2: Total fertility rates in Germany, 1871-2050**



Damals wurden die durchschnittlichen Geburtenzahlen je Frau von knapp fünf auf zwei Kinder reduziert. Kein Frauenjahrgang, der nach 1880 geboren wurde, hat im Durchschnitt mehr die zur Bestandserhaltung der Generationen erforderliche Geburtenzahl gehabt. Auch die Anstiege des Geburtenniveaus unter dem Einfluss der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik und in der Zeit des Wirtschaftswunders in Westdeutschland bzw. des sozialistischen Aufbaus in der ehemaligen DDR (in den Nachkriegsjahren des 2. Weltkriegs bis in die 60er Jahre) und auch nicht infolge der Bevölkerungs- und Sozialpolitik der DDR nach 1975 haben an diesem revolutionären Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahlen etwas geändert.

Der Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahlen je Frau oder (methodisch überzeugender) je Frau eines Frauenjahrgangs unter das Bestandserhaltungsniveau ist der entscheidende Grund für die Alterung der Bevölkerung.

Nun zeigt Abbildung 2 auch einige historisch bedingte Einbrüche des Geburtenniveaus, die sich auch im Altersaufbau der Bevölkerung widerspiegeln, so im 1. Weltkrieg, um 1930 als Folge der Weltwirtschaftskrise, am Ende des 2. Weltkriegs und in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung.

In Westdeutschland beobachten wir seit nunmehr fast 30 Jahren ein stabil niedriges Geburtenniveau bei 1,4 Kindern je Frau, das zur Einschnürung der Zahl der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen bis zum Alter von fast 30 Jahren geführt hat.

Für die Zukunft wird nun angenommen (sowohl in der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamts (Sommer 2001) als auch in den Modellrechnungen 2000 des Bundesministeriums des Innern (2000), auf die ich mich im Weiteren beziehe), dass das Geburtenniveau in Ostdeutschland sich bis 2005 an das westdeutsche Niveau anpasst. Für die Annahme der weiteren Konstanz des Geburtenniveaus bis 2050 ist nun nicht etwa nur die schlichte Fortschreibung der zusammengefassten Geburtenziffer maßgeblich, sondern die Feststellung, dass es keine erkennbaren Gründe für einen Wiederanstieg gibt. Im so genannten Familiensektor hat sich eine stabile Bereitschaft zu zwei, im Westen auch zu drei Kindern herausgebildet. Wer keine Ehe oder feste Lebensgemeinschaft eingeht, bleibt in der Regel kinderlos. Sollte allerdings die Kinderlosigkeit weiter ansteigen, könnte das Geburtenniveau weiter absinken. Würde dagegen die Bereitschaft zu drei und mehr Kindern steigen, könnte das Geburtenniveau auch leicht ansteigen (Höhn, Dorbritz 2000). In den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes (der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung; Statistisches Bundesamt 2000 und Sommer 2001) und des Bundesministeriums des Innern (2000) wird nun erstmals keine Bandbreite des Geburtenniveaus mehr angenommen, weil die Gründe für ein weiterhin stabil niedriges Geburtenniveau überzeugen. Warum die UN-Demographen in ihren Bevölkerungsmodellrechnungen weiterhin für Deutschland einen Wiederanstieg des Geburtenniveaus auf eine TFR von 1,6 annehmen, bleibt ihr Geheimnis.

### **2.3 Die Entwicklung der Sterblichkeit**

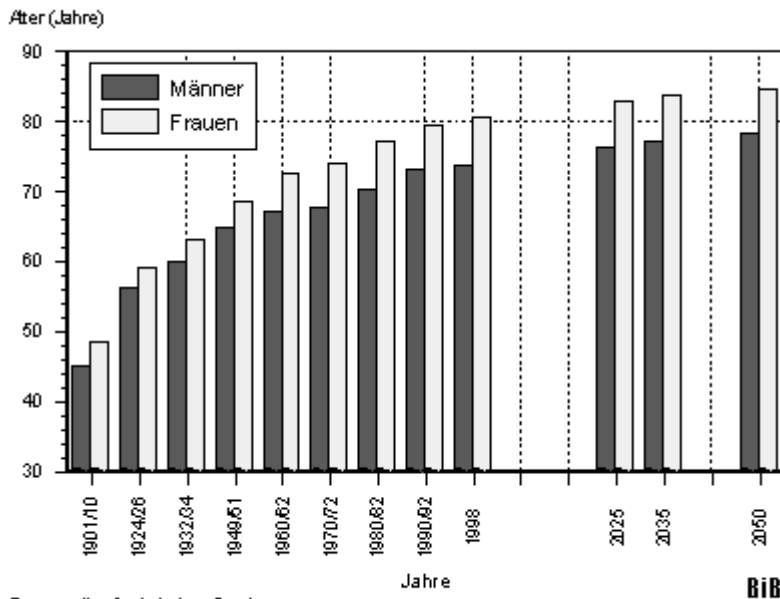
Auch beim Sterblichkeitsrückgang bzw. dem Ansteigen der Lebenserwartung kann man von einer demographischen Revolution sprechen (Abb. 3). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Sterbetafel 1901/10) lag die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt noch unter 50 Jahren, gegen Ende des 20. Jahrhunderts nähert sie sich 74 Jahren für die Männer und 80 Jahren für die Frauen. Maßgeblich für diese Entwicklung ist der massive Rückgang der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit, seit 1970 aber zunehmend auch der Rückgang der Alterssterblichkeit. Vor allem der Rückgang der Alterssterblichkeit führt zu einer zusätzlichen Alterung der Bevölkerung, diesmal nicht „von unten“, sondern von der Spitze des Altersaufbaus, da mehr und mehr Menschen sehr alt werden.

Die noch zu erwartenden Fortschritte der Medizin und Medizintechnik sowie die erhoffte weitere Verbreitung gesundheitsbewusster Lebensstile führen zur Annahme eines weiteren Ansteigens der Lebenserwartung in den aktuellen Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland, nämlich bis zum Jahr 2050 für die Männer auf 78,1 Jahre und für die Frauen auf 84,5 Jahre.

### **2.4 Die Entwicklung der Wanderungen**

Die Geschichte der Wanderungen nach Deutschland ist von sehr unterschiedlichen Phasen und Einwanderergruppen geprägt. Nach dem 2. Weltkrieg kamen rund 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene nach Westdeutschland. Hinzu kamen bis zum Bau der „Mauer“ im Jahr 1961 erhebliche Zahlen von so ge-

**Abb. 3: Lebenserwartung Neugeborener in Deutschland\*), 1901/10 bis 2050**  
**Fig. 3: Life expectancy at birth in Germany\*), 1901/10-2050**



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

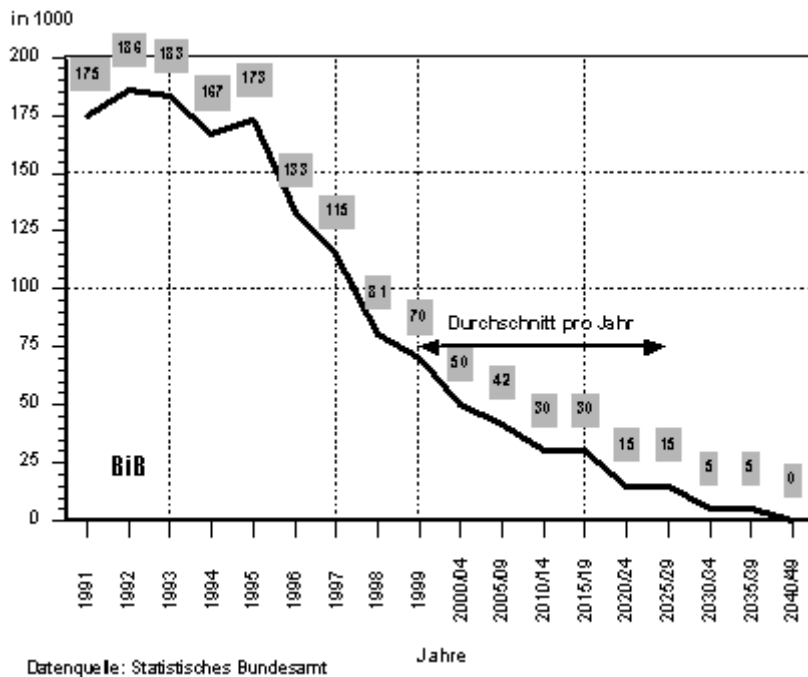
\*) 1901/10 - 1932/34 Deutsches Reich, 1949/51 - 2050 Früheres Bundesgebiet  
 ab 2000 Schätzwerte der Modellrechnung

**BiB**

nannten „Republikflüchtigen“ aus der DDR, was letztlich zum Bau der Mauer führte. Nach 1961 wurden dann ausländische Arbeitnehmer angeworben. Nach dem Anwerbestopp im Jahr 1973 unter dem Eindruck der Ölkrise gab es den Familiennachzug der ausländischen Arbeitnehmer. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs kamen in großen Zahlen Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, aus Polen und Rumänien nach Deutschland. Vor der deutschen Wiedervereinigung kamen Übersiedler aus der DDR nach Westdeutschland, die sich mittlerweile aber als Binnenwanderer darstellen. Schließlich sind noch Asylbewerber in großer Zahl in den 90er Jahren zugezogen, bis es zu einer Grundgesetzänderung Mitte der 90er Jahre kam und dieser Zuzug sich abschwächte. Deutschland hat außerdem große Zahlen an Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien vorübergehend aufgenommen.

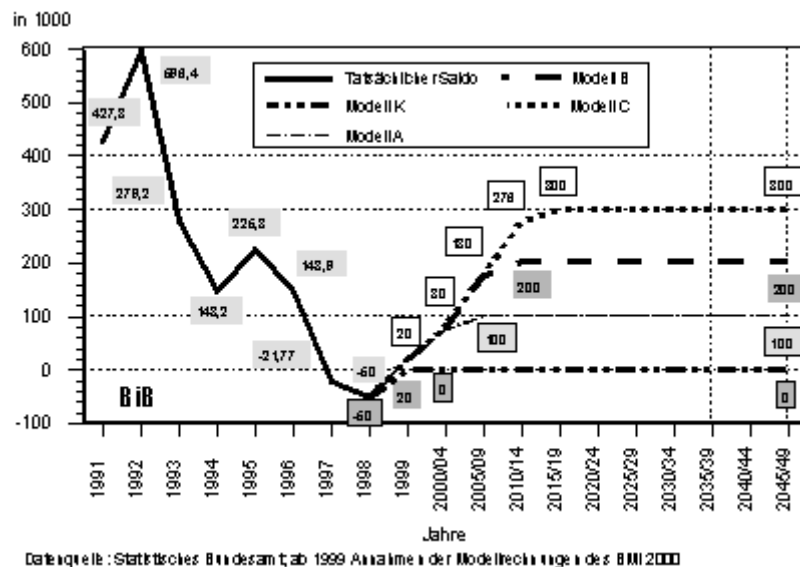
Für die Modellrechnungen des Bundesministeriums des Innern (2000) wurden getrennte Vorausberechnungen für die deutsche und die ausländische Bevölkerung gemacht, was getrennte Annahmen zur zukünftigen Entwicklung der Wanderungssalden der deutschen und der ausländischen Bevölkerung erforderlich macht. In Abbildung 4 ist der Wanderungssaldo der deutschen Bevölkerung dargestellt. Es handelt sich im Wesentlichen, aber nicht ausschließlich, um Aussiedler. Nach recht hohen Wanderungssalden zu Beginn bis Mitte der 90er Jahre ist die Einwanderung von Aussiedlern bereits bis 1999 merklich zurückgegangen, weil das Potential deutlich kleiner wurde, die Zuzugsbestimmungen verschärft wurden und Regelungen für einen Verbleib in den deutschen Siedlungsgebieten in Russland getroffen wurden. So wird denn für die Zukunft angenommen, dass bis zum Jahr 2050 der Wanderungssaldo der Deutschen auf ‚Null‘ sinkt.

**Abb. 4: Wanderungssaldo zwischen Deutschland und dem Ausland, deutsche Bevölkerung, 1991-2050**  
**Fig. 4: Net migration to Germany, German population, 1991-2050**



Auch der Wanderungssaldo von Ausländern war Anfang der 90er Jahre recht hoch, ist aber 1997 und 1998 infolge der Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen nach Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo sogar negativ gewesen. Für die Zukunft unterstellt die Modellrechnung des Bundesministeriums des Innern 4 Varianten bezüglich des Wanderungssaldos der Ausländer (Abb. 5). Es sind dies die einzigen Varianten in den Annahmen, was die Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Einwanderung berücksichtigt, aber auch die politische Bedeutung der Wanderungsfrage widerspiegelt.

**Abb. 5: Wanderungssaldo zwischen Deutschland und dem Ausland, ausländische Bevölkerung, 1991-2050**  
**Fig. 5: Net migration to Germany, foreign population, 1991-2050**



Das Modell K mit einem Wanderungssaldo von ‚Null‘ ist als nicht realistisch zu bewerten, weil der Wanderungssaldo der Ausländer im langfristigen Mittel seit den 60er Jahren etwa plus 200000 betrug. Es gab nur ganz wenige Jahre, in denen der Wanderungssaldo der Ausländer aus konjunkturellen Gründen oder, wie kürzlich, wegen der Rückwanderung von Bürgerkriegsflüchtlingen negativ war. Im Modell A steigt der Wanderungssaldo der Ausländer bis zum Jahr 2003 auf jährlich 100000, im Modell B bis zum Jahr 2008 auf jährlich 200000 und im Modell C bis zum Jahr 2013 auf 300000. Als mittlere Variante, in gewisser Weise also als wahrscheinliche Entwicklung, wird das Modell B angesehen.

Dieser Wanderungssaldo wird auch von den UN-Demographen in ihrer mittleren Variante der 98er Revision der Bevölkerungsvorberechnungen unterstellt und er entspricht dem beobachteten langjährigen Mittel.

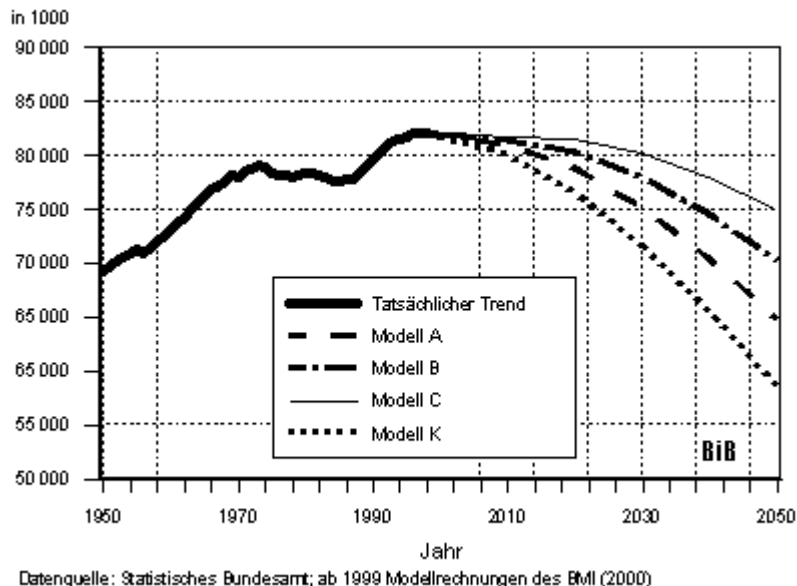


## 2.5 Die Veränderungen der Bevölkerungsgröße und der Altersstruktur

Gemäß allen vier Varianten der Modellrechnungen der Bevölkerungsentwicklung des Bundesministeriums des Innern (2000) wird die Bevölkerung in Deutschland von derzeit 82 Millionen schrumpfen. Erwartungsgemäß wäre der Rückgang ohne Einwanderung von Ausländern am stärksten, nämlich auf 58,6 Millionen im Jahr 2050. Trifft Modell A ein, tritt bis zum Jahr 2050 ein Rückgang der Bevölkerung auf 64,8 Millionen, gemäß Modell B auf 70,3 Millionen und gemäß Modell C auf 74,9 Millionen ein (Abb. 6).

**Abb. 6: Bevölkerungszahl in Deutschland, 1950-2050 (ab 1999 nach 4 Wanderungsvarianten der Modellrechnungen des Bundesministeriums des Innern)**

**Fig. 6: Population size in Germany, 1950-2050 (after 1999 by 4 migration variants of model calculations of the Federal Ministry for the Interior)**



Nun hat die Bundesregierung auf Umfragen der UN-Bevölkerungsabteilung und auch anlässlich der Weltbevölkerungskonferenzen immer erklärt, dass nicht die absolute Bevölkerungsgröße von Bedeutung ist, also auch nicht ein Rückgang der Bevölkerungszahl, sondern die Altersstruktur der Bevölkerung. Natürlich bedeutet ein Rückgang der Bevölkerungszahl unweigerlich eine Alterung der Bevölkerung und diese ist für viele Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sehr relevant.



Deshalb wollen wir uns nun kurz ansehen, inwieweit die unterschiedlich starke Schrumpfung der Bevölkerung zu Unterschieden in der Alterung führt. Oder anders gefragt, inwieweit Einwanderung die Alterung abzufedern vermag. Dazu bedienen wir uns des potentiellen Unterstützungskoeffizienten als Maßzahl. Der potentielle Unterstützungskoeffizient bezieht die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (alle 15- bis unter 65-Jährigen, unabhängig davon, ob sie erwerbstätig sind oder nicht, als potentielle Beitragszahler) auf eine über 65-jährige Person. Er betrug 1999 3,93 und würde bis zum Jahr 2050 zurückgehen gemäß

- Modell K (ohne Wanderungen) auf 1,64 oder 37,2 Prozent im Vergleich zu 1999
- Modell A (Wanderungssaldo „100000“) auf 1,75 oder 39,7 Prozent im Vergleich zu 1999
- Modell B (Wanderungssaldo „200000“) auf 1,87 oder 42,4 Prozent im Vergleich zu 1999
- Modell C (Wanderungssaldo „300000“) auf 1,96 oder 44,4 Prozent im Vergleich zu 1999.

Mehr als eine Halbierung des potentiellen Unterstützungskoeffizienten auf 37,2 bis 44,4 Prozent ist im Verlauf der nächsten 50 Jahre also zu erwarten. Die Unterschiede zwischen den vier Modellen zur Wanderungsentwicklung und damit der Einfluss des Wanderungssaldos auf die Alterung erscheinen aus demographischer Sicht eher unerheblich. Erheblich ist dagegen die bereits vorhandene und sich in den nächsten Jahrzehnten beschleunigende Alterung der Bevölkerung in Deutschland, weshalb ich nun mit einigen Bemerkungen zu den Konsequenzen der demographischen Alterung fortfahren möchte, bevor ich auf die Fragen von Migration und Integration eingehen werde.

### 3. Bemerkungen zu den Konsequenzen der demographischen Alterung

Eine Veränderung der Altersstruktur, wie sie sich für das Jahr 2050 gemäß dem Modell B der Modellrechnungen des Bundesministeriums des Innern ergibt (siehe Abb. 1) und wie sie in ähnlicher Weise seit Anfang der 70er Jahre in den Bevölkerungsvorausberechnungen erkennbar ist (Höhn 1986; 1999), bedeutet eine Herausforderung an die Politik, sich der Sicherung der Alterseinkommen bei einem zunehmenden Ungleichgewicht zwischen Beitragszahlern und Rentenbeziehern und der Versorgung von mehr und mehr älteren Menschen, die naturgemäß häufiger und schwerer krank bzw. pflegebedürftig sind, zu widmen, ohne die mittlere Generation, die Beitragszahler und pflegenden Familienmitglieder, zu stark zu belasten. Je früher die gesamte Bevölkerung weiß, dass dieser demographische Wandel auch für jeden Einzelnen eine Herausforderung ist, umso eher kann sich jeder auf die demographische und die persönliche Alterung vorbereiten. Für die Politiker gibt es dabei allerdings zu bedenken, dass es auch zahlreiche aktuelle Probleme zu lösen gibt und nicht nur dieses langfristige, das in ferner Zukunft zu liegen scheint, aber dennoch immer näher kommt. In den politischen Reformmaßnahmen gibt es keine generellen finanziellen Vorteile zu verteilen. Vielmehr ist zu entscheiden, ob mehr die ältere oder mehr die mittlere Generation belastet wird. Diejenige Generation, die stärker belastet wird, könnte dazu neigen, die Regierung, die sie belastet, nicht wieder zu wählen. Und damit kommt wieder die Altersstruktur ins Spiel, denn Politiker wollen natürlich wiedergewählt werden.

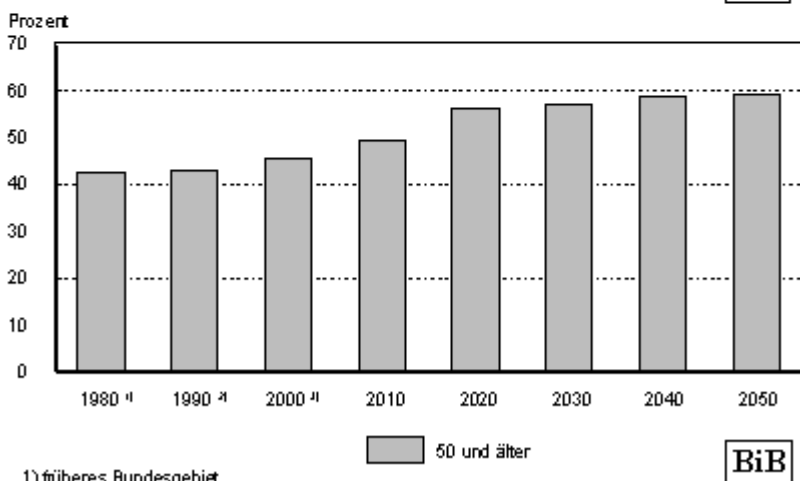
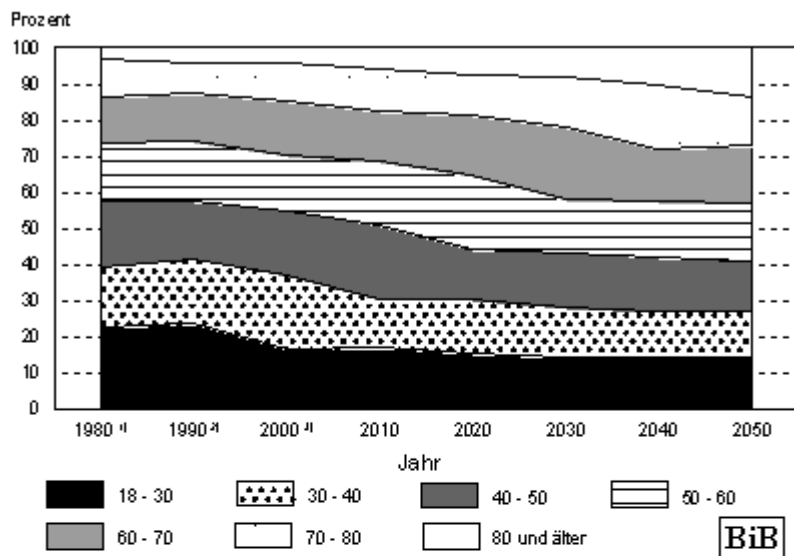
Die Altersstruktur der wahlberechtigten Bevölkerung, hier die Deutschen über 18 Jahre, altert natürlich ebenfalls. Schon im Jahre 1984 stellte der bekannte amerikanische Demograph Samuel Preston anlässlich seiner Ansprache als Präsident der amerikanischen bevölkerungswissenschaftlichen Gesellschaft (Population Association of America (PAA)) fest: „It's useful to recognize that there are three sources of self-interested support for the elderly: the elderly themselves; the working-age population who are in a general sense „voting“ on behalf of elderly persons who might otherwise need family support; and the working-age population who are voting on behalf of themselves when they reach old age. The elderly . . . are a group that almost all of us can confidently expect to belong to someday“ (Preston 1984: 446). Ich operationalisiere Prestons Aussagen, indem ich annehme, dass alle über 50-Jährigen an Fragen der Alterssicherung ein ausgeprägtes Interesse haben. Im unteren Teil von Abbildung 7 sind daher die Anteile der über 50-Jährigen an der wahlberechtigten Bevölkerung dargestellt. In der Bundesrepublik Deutschland betrug der Anteil der über 50-jährigen Wahlberechtigten im Jahr 1980 bereits etwas über 40 Prozent und stieg dann bis zum Jahr 2000 nur allmählich auf 42 Prozent an. Nach 2010 werden aber die Hälfte und im Jahr 2050 fast 60 Prozent der Wahlberechtigten über 50 Jahre alt sein, wie die Abbildung 7 zeigt. Es wird also politisch zunehmend schwieriger, etwas zu Lasten der älteren Generation durchzusetzen.

#### 3.1 Die Rentenfrage

Bereits der Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesministeriums des Innern aus dem Jahre 1984 bezeichnet die Rentenfrage als das wichtigste Problem, das es in Folge der demographischen Alterung zu lösen gilt. Der Sozialbeirat beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hatte nämlich bereits vorgerechnet, dass bei Beibehalten des Umlageverfahrens der gesetzlichen Rentenversicherung in den damaligen Regelungen und Verhaltensweisen (frühes Renteneintrittsalter) bis zum Jahr 2030 entweder das Rentenniveau halbiert oder der Beitragssatz verdoppelt werden müsse. Keine dieser Alternativen erschien akzeptabel, so dass es galt, eine Lösung zwischen diesen Extremen zu finden. Als „Königsweg“ erwies sich, das Renteneintrittsalter, das faktisch bei 58 Jahren lag, auf 65 Jahre anzuheben. Mit dem Anheben des Renteneintrittsalters wird ein doppelter Entlastungseffekt der Rentensicherung erreicht: es werden länger Beiträge gezahlt und kürzer Renten bezogen.

**Abb. 7: Deutsche Bevölkerung über 18 Jahre nach Altersgruppen, 1980-2050 (in Prozent)**  
**Fig. 7: German population aged 18+ (electorate) by age groups, 1980-2050 (in percent)**





1) früheres Bundesgebiet

2) für früheres Bundesgebiet deutsche Bevölkerung + für neue Länder Bevölkerung insgesamt

3) ab 2000 Modellrechnung BfM Modell B

Tatsächlich wurde im Jahr 1989 mit Zustimmung aller Parteien, also letztlich im Konsens, ein Rentenreformgesetz beschlossen, mit dem ab 1992 die Anpassung der Renten nicht mehr den Brutto-, sondern den Nettoeinkommen folgte, also einen langsameren Anstieg der Renten bewirkte und mit dem ab dem Jahr 2001 (mittlerweile auf 2000 vorgezogen) das Renteneintrittsalter jahrgangswise auf 65 Jahre angehoben wurde.

Damit sollten allmählich alle Frühverrentungsmodelle ohne Rentenabschläge auslaufen. Es ist interessant festzustellen, dass diese Maßnahmen ohne nennenswerte Widerstände in der Öffentlichkeit angenommen wurden. Die Entwicklung der Rentenversicherung verlief jedoch in mehrfacher Hinsicht anders, als in den 80er Jahren angenommen. Zum einen hatten die Bevölkerungsvorausschätzungen der 70er und 80er Jahre konstante Lebenserwartung angenommen, während tatsächlich die Lebenserwartung kräftig stieg und damit die Alterung verstärkte. Zum anderen entwickelte sich in den 80er Jahren und dann insbesondere nach der deutschen Einheit eine strukturelle Arbeitslosigkeit bisher nicht gekanntes Ausmaßes. Damit mussten nicht nur zusätzliche Sozialleistungen gezahlt werden, sondern es fielen gleichzeitig Millionen von potentiellen Beitragszahlern aus. Das Umlageverfahren wurde außerdem auf die Ostdeutschen und die zugewanderten Aussiedler ausgedehnt. Die Arbeitgeber beklagten zudem die steigenden Lohnnebenkosten, da die Rentenversicherungsbeiträge, von denen sie die Hälfte zahlen, stiegen. Die gesetzliche Rentenversicherung geriet also sowohl aus demographischen als aber insbesondere auch aus ökonomischen Gründen unter Druck.

Die Regierung Kohl beschloss daher eine Änderung der Rentenformel um einen „demographischen Faktor“, der ab 1999 den Anstieg der Lebenserwartung berücksichtigen sollte und ein langsames Ansteigen der Renten zur Folge haben sollte. Diese Maßnahme wurde als Ausdruck unerwünschter sozialer Kälte von der Regierung Schröder sofort außer Kraft gesetzt. Zur Senkung der Lohnnebenkosten und Stabilisierung der Rentenversicherungsbeiträge wurde stattdessen die Ökosteuer eingeführt und die Anpassung der Renten an die Nettoeinkommen ausgesetzt und an die Inflationsrate angepasst. Schließlich wird zur Zeit eine große Rentenreform vorbereitet, in der neben die gesetzliche Rentenversicherung eine gesetzliche private Zusatzvorsorge treten soll. Es gibt zahlreiche mögliche Varianten, die entweder die mittlere oder die ältere Generation stärker belasten. Und so ist es angesichts der aktuellen Altersstruktur wenig überraschend, dass entweder die ältere Generation oder die mittlere Generation mehr Generationengerechtigkeit anmahnen. Das Problem verschärft sich zusätzlich durch die Frage der Altersversorgung der Mütter, die oftmals keine eigenen oder nur geringe Rentenanwartschaften (durch Berufstätigkeit oder die Anerkennung von Babyjahren) erworben haben, gleichwohl aber durch die Erziehung von Kindern, die einmal

Beitragszahler werden, zur künftigen Stabilisierung des Rentensystems beitragen.

Die Lage ist also sehr schwierig, denn alle wissenschaftlichen Studien weisen auf einen Anstieg des Beitragssatzes zur Rentenversicherung hin (*Deutscher Bundestag* 1998; *Viebrok* 1999: 135-137), während die Politiker aus den bereits dargelegten Gründen um eine Konstanz des Beitragssatzes bemüht sind. Es gibt unabwendbaren Handlungsbedarf, keine allseits befriedigende Lösung, aber doch einige Optionen. Zu verteilen gibt es nicht viel: „Die Demographie ist und bleibt bestimmender Faktor in der Rentenversicherung. Letztlich können die Veränderungen nur durch eine Anpassung des Leistungsniveaus (langsamerer Anstieg oder Senkung der Renten; Ch.H.) oder durch eine Anhebung des Bundeszuschusses (aus Steuern; Ch.H.) kompensiert werden, wenn der Beitragssatz konstant bleiben soll“ (*Viebrok* 1999: 150). Aus individueller Sicht scheinen Erwerbstätigkeit ohne längere Unterbrechungen, späterer Renteneintritt und eine private zusätzliche Alterssicherung ratsam.

### 3.2 Die Gesundheit im Alter

Auch wer sich sein Leben lang gesundheitsbewusst verhalten hat, muss irgendwann mit altersbedingten Beschwerden rechnen, deren Behandlung Geld kostet. Gesundheit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Je mehr Menschen sehr alt werden, wie es die Entwicklung der Lebenserwartung und der Rückgang der Alterssterblichkeit anzeigen, umso mehr Kosten im Gesundheitswesen werden entstehen. Da der medizinische Fortschritt immer neue Diagnose- und Behandlungsmethoden mit sich bringt, ist auch aus diesem Grund mit steigenden Kosten zu rechnen.

Im vorherigen Abschnitt wurde der Bevölkerungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 1984 (*Bundesministerium des Innern* 1984) bereits erwähnt. Da in der damaligen Bevölkerungsvorausberechnung von einer Konstanz der Lebenserwartung ausgegangen wurde und die Alterung somit unterschätzt worden war, hielt man die Auswirkungen der Alterung auf die Kosten im Gesundheitswesen im Vergleich zu denen des medizinisch-technischen Fortschritts für eher gering. Mittlerweile weiß man, dass die Lebenserwartung gestiegen ist, und nichts spricht dagegen anzunehmen, dass sie weiter steigen wird. Weniger klar ist, ob die „Lebenserwartung in Gesundheit“ (ohne Beschwerden) in gleichem Maße zunehmen wird wie die Lebenserwartung insgesamt bzw. ob die „Lebenserwartung mit Beschwerden“ eine konstante, vom erreichten Lebensalter unabhängige Größe ist.

Betrachtet man sich die durchschnittlichen Ausgaben im Gesundheitswesen nach dem Alter, so ist ein klarer Anstieg mit dem Lebensalter zu erkennen (*Knappe, Optendrenk* 1999: 160). Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung nach dem Alter zeigen dagegen ein Absinken nach dem 60. Lebensjahr, denn die Beiträge richten sich nach der Höhe des Erwerbseinkommens bzw. der gesetzlichen Rente, sinken also nach dem Renteneintritt (*Knappe, Optendrenk* 1999: 161). Die private Krankenversicherung dagegen wird nach dem Versicherungsbeginn und der Versicherungsdauer unter Berücksichtigung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen berechnet; der Verlauf der Beiträge nach dem Alter entspricht damit eher den altersdurchschnittlichen Kosten; allerdings führen sowohl der medizinisch-technische Fortschritt als auch die zunehmende Lebenserwartung zum Ansteigen der Beiträge in der privaten Krankenversicherung (*Knappe, Optendrenk* 1999: 174). Diese belasten aber die älteren Versicherten, während es in der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer erheblichen Umverteilung von der mittleren zu Gunsten der älteren Generation kommt (*Knappe, Optendrenk* 1999: 162).

Es ist eigenartig, dass die Reformbestrebungen im Gesundheitswesen sich bislang nicht dem Beitragssystem und damit den Einnahmen, sondern der Dämpfung der Ausgaben widmen. Dabei besteht selbstverständlich das Ziel, den Beitragssatz konstant zu halten, freilich bisher nur mit kurzfristigen Erfolgen (*Knappe, Optendrenk* 1999: 169). Bei anhaltenden Versuchen der Kostendämpfung ist daher zu befürchten, dass immer mehr Leistungen eingeschränkt werden müssen. Wahrscheinlich wird eines Tages auch bei der Krankenversicherung eine private Zusatzversicherung angeordnet werden müssen. Insbesondere für besondere Risiken (z.B. Sportunfälle) und Leistungen, die über eine Mindestsicherung hinausgehen (z.B. Kuren, Schönheitsoperationen), ist es durchaus zumutbar, privat aufzukommen und sich gezielt zu versichern. Private Versicherer pflegen auch auf lebensstilbedingte Risiken zu achten und bei Rauchern und stark Übergewichtigen höhere Prämien verlangen. Veränderungen des Lebensstils sind durchaus ein Desideratum, wenn man in Gesundheit altern möchte. Allen Umfragen zufolge ist Gesundheit ein höchst erstrebenswertes Ziel. Auch auf diesem Gebiet sind nicht nur die Politik, sondern jeder Einzelne gefragt, um Gesundheit im Alter bei demographischer Alterung nicht unbezahlbar zu machen.

### 3.3 Die Pflege der Älteren

Mit zunehmendem Alter steigt auch der Anteil der Pflegebedürftigen. Betrachtet man sich die Pflege der meist Hochbetagten, so stellt man bald fest, dass die familiäre Pflege einen breiten Raum einnimmt. Ehepartner pflegen sich gegenseitig, falls erforderlich, unterstützt von ihren Kindern, wobei Töchter oder Schwiegertöchter eher zur Pflege bereit sind. Auch Alleinstehende mit Kindern werden von diesen gepflegt. Wer aber im Alter ohne Partner oder Kinder ist, muss sich auf institutionelle Pflege (ambulant oder stationär in Pflegeheimen) verlassen. Diese ist naturgemäß teurer und unpersönlicher als familiäre Pflege. Aber auch die familiäre Pflege findet bei schwerer Pflegebedürftigkeit seine Grenzen, so dass auch dann stationär gepflegt werden muss.

Um die im Pflegefall auftretenden Kosten abzusichern, wurde die gesetzliche Pflegeversicherung eingeführt. Noch

sind die zu zahlenden Beiträge nicht sehr hoch. Es muss jedoch mit der Zunahme der Zahl der Hochbetagten in Zukunft mit einer Steigerung der Beiträge gerechnet werden. Hinzu kommen die Kosten, die sich aus der Veränderung der Familien- und Lebensformen ergeben. In dem Maße, wie die heute noch jüngeren Generationen mit einem steigenden Anteil an Kinderlosen und einem geringeren Anteil an Verheirateten ins höhere Alter kommen, werden sich auch aus diesem demographischen Wandel steigende Kosten ergeben (*Deutscher Bundestag* 1994 und 1998).

### 3.4 Der Arbeitsmarkt

Rein demographisch betrachtet nimmt nach dem Jahr 2010 die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 oder 20 bis 60 oder 65 Jahre) ab. Hieraus wird gelegentlich voreilig geschlossen, dass dann Arbeitskräftemangel eintreten wird, der so die Reaktion auf die UN-Studie zur Bestandserhaltungsmigration ?durch Einwanderung behoben werde müsse. Ansonsten werde im Hinblick auf die demographische Alterung ein empfindlicher Mangel an Beitragszahlern zu den sozialen Sicherungssystemen eintreten.

Tatsächlich sind aber nicht alle Personen im erwerbsfähigen Alter auch erwerbstätig und damit Beitragszahler. Vielmehr sind viele Jüngere noch in Ausbildung; gerade in Deutschland ist die durchschnittliche Dauer der Ausbildung viel länger als in anderen Industrieländern. Wie bereits erwähnt, sind des Weiteren viele Ältere bereits im Vorruhestand. Die Erwerbstätigenquoten der unter 30-Jährigen und der über 55-Jährigen sind im internationalen Vergleich erstaunlich niedrig.

Unter den Personen im erwerbsfähigen Alter befinden sich zur Zeit außerdem überdurchschnittlich viele Arbeitslose. Zu erwähnen sind des Weiteren Hausfrauen und Hausmänner.

Diese Personengruppen bilden eine Reserve, um etwaig auftretende Mängel an Arbeitskräften auszugleichen.

Im ersten Zwischenbericht der Enquete-Kommission Demographischer Wandel (*Deutscher Bundestag* 1994) wird vorgeschlagen, dem ab 2010 zu erwartenden Mangel an Arbeitskräften mit folgenden Optionen zu begegnen:

- auf steigende Arbeitsproduktivität setzen (Die Computerisierung und die schlanke Produktion reduzieren das Angebot an Arbeitsplätzen)
- Flexibilisierung der Arbeitszeiten im Lebensverlauf (früherer Berufseintritt, Sabbatjahre während der Familienphase, Altersteilzeit)
- steigendes Renteneintrittsalter (auch für die Rentenversicherung von direktem Vorteil)
- Förderung der Frauenerwerbstätigkeit (ein ohnehin positiver Trend) und an letzter Stelle
- gesteuerte Einwanderung.

Auch die Bedeutung lebenslangen Lernens/beruflicher Weiterbildung für eine alternde Erwerbsbevölkerung wird unterstrichen.

Im Zweiten Zwischenbericht der Enquete-Kommission Demographischer Wandel (*Deutscher Bundestag* 1998) wurden aktualisierte Studien zur künftigen Entwicklung von Arbeitsangebot und -nachfrage herangezogen. Dabei stellte sich heraus, dass die Arbeitslosigkeit mindestens bis 2010 und unter ungünstigen Bedingungen noch sehr viel länger einen Mangel an Arbeitskräften nicht erwarten lässt, vielmehr erhoffte man sich eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt nach 2010 infolge der demographischen Entwicklung (*Deutscher Bundestag* 1998: 291).

Bereits Anfang der 80er Jahre kam der Bevölkerungsbericht der Bundesregierung (*Bundesministerium des Innern* 1984) zu dem Schluss, dass bezüglich des Arbeitsmarkts und der wirtschaftlichen Entwicklung weniger die demographischen als die ökonomischen Veränderungen von Bedeutung sind. Allerdings sind langfristige ökonomische Prognosen mit sehr viel größeren Ungewissheiten behaftet als demographische Modellrechnungen. Während die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter recht einfach vorzuberechnen ist, sind sowohl die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung und der Arbeitslosigkeit als auch die Entwicklung der Arbeitsplätze sehr viel schwerer zu schätzen. „Ob die Veränderungen beim Arbeitskräfteangebot mehr Chancen (Abbau der Arbeitslosigkeit; Ch.H.) oder mehr Risiken (Arbeitskräftemangel; Ch. H.) in sich bergen, hängt aber eben auch vom Arbeitsplatzangebot (Konstanz oder Stellenverminderung) ab. Eine einseitige (rein demographische; Ch.H.) Betrachtung ist angesichts der komplexen Problemlage nicht angebracht" (*Fuchs* 1999: 86).

### 4. Bemerkungen zur Bestandserhaltungsmigration

Bestandserhaltungsmigration ist ein neu von den UN-Demographen eingeführtes Konzept. Bestandserhaltung ist üblicherweise ein Begriff der Fertilitätsanalyse (mittels der Nettoreproduktionsziffer (NRZ) wird gemessen, ob das Geburtenniveau unter Berücksichtigung der Sterblichkeit die Elterngeneration genau ersetzt bzw. um wie viel die nachwachsende Generation größer oder kleiner als die Elterngeneration ist) und der sich daraus ergebenden Bevölkerungsdynamik. Durch die Verknüpfung mit Migration entsteht ein neues Konzept der Bestandserhaltung der Gesamtbevölkerung, der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und des Verhältnisses zwischen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und den Älteren (Konstanz des potentiellen Unterstützungskoeffizienten = Stoppen der

Alterung). Der Mechanismus in diesen Zielprojektionen ist es, die für das jeweilige „Ziel“ (es ist dies ein methodisches Ziel, kein politisches oder auch nur theoretisch abgeleitetes) erforderlichen Einwanderungen zu errechnen. Im Grunde handelt es sich um ein rein demographisches methodisches Zahlenspiel, dem ökonomische Variablen (Erwerbsbeteiligung, Arbeitslosigkeit, Systemkomponenten der Alterssicherung) und soziale Variablen (Zahl, Alters- und sozioökonomische Struktur der vorhandenen Migrationsbevölkerung) fehlen. Gerade diese würden aber benötigt, um den Umfang einer ökonomisch erforderlichen Einwanderung unter Berücksichtigung der Integrationserfordernisse für Migranten und ihre Familien abbilden zu können.

Anhand der nachfolgenden Analysen soll gezeigt werden, welche Nettozuwanderung in rein demographischer Betrachtung (also unter Vernachlässigung von ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten) nötig wäre, um eine Bestandserhaltung unter drei verschiedenen Aspekten zu sichern: 1. der Gesamtbevölkerung, 2. der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und 3. der Relation der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zur Bevölkerung im Rentenalter. Dazu werden verschiedene in Tabelle 1 zusammengefasste Bevölkerungsmodellrechnungen vorgestellt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die drei Aspekte der Bestandserhaltung untersucht.

**Tab. 1: Bevölkerungsmodellrechnungen mit verschiedenen Wanderungsannahmen**  
**Population prospects with several migration variants**

	Jährliche Nettozuwanderung in 1000	Nettozuwanderung insg. 1995/8*-2050 in Millionen	Bevölkerung 2050 in Millionen (1995: 81,661)	Potentieller Unterstützungskoeffizient 2050 (1995: 4,41)	Ausländer-/ Zugewandertenanteil** 2050 (in %) (1999: 8.9)
BMI 2000, Modell A	90-100	5.960 (1998-2050)	64.791	1.75	12.2
BMI 2000, Modell B	90200	10.360 (1998-2050)	70.265	1.87	17.1
BMI 2000, Modell C	90-300	14.260 (1998-2050)	74.864	1.96	21.4
UN-Szenario I	207	11.400	73.303	2.05	20
UN-Szenario III	324	17.838	81.661	2.26	28
UN-Szenario IV	458	25.209	92.022	2.44	36
UN-Szenario V	3,427	188.497	299.272	4.41	80

Quelle: BMI 2000: Bundesministerium des Innern (2000). UN Szenarien: United Nations 2000a

\*) BMI 2000: 1998-2050; UN: 1995-2050

\*\*\*) BMI 2000: Ausländeranteil = ausländische Wohnbevölkerung plus zugewanderte Ausländer; unter Berücksichtigung von Einbürgerung

UN: Zugewandertenanteil = nach 1995 Zugewanderte und ihre Nachkommen; ohne Einbürgerung

#### 4.1 Bestandserhaltung der Bevölkerungszahl

Die Bestandserhaltung der Bevölkerungszahl wäre ein noch relativ leicht zu erreichendes, wenn auch weder politisch noch demographisch relevantes Ziel. Das UN-Szenario III würde (Tab. 1) näherungsweise dieser Vorgabe entsprechen. Die Bevölkerungszahl bliebe mit 81.661 Millionen (Stand 1995) bis 2050 konstant (am 31.12.1999 lebten in Deutschland 82.163 Millionen Menschen). Dieser Fall würde eintreten, wenn von 1995 bis 2050 die jährliche Nettozuwanderung im Durchschnitt 324 Tsd. Personen betragen würde. Diese Zahl ist nicht so fern von den tatsächlichen Verhältnissen. So kamen im Durchschnitt der 90er Jahre jährlich 353 Tsd. Personen mehr nach Deutschland als Deutschland verließen. In dieser Zahl sind aber die starken Zuwanderungsüberschüsse in der ersten Hälfte der 90er Jahre enthalten. 1998 betrug der Wanderungsgewinn z.B. nur 47 Tsd. Personen. 1999 war ein Anstieg auf etwa 202 Tsd. zu verzeichnen. Nach der UN-Variante III würde bis 2050 die Nettowanderungsbilanz Deutschlands 17.838 Millionen Menschen betragen. Der Zuwandereranteil steigt unter diesen Bedingungen auf ca. 28% (1999: 8,9%). Das bedeutet, dass bereits unter der UN-Variante III beträchtliche Integrationsleistungen in Deutschland zu vollbringen wären. Das demographische Hauptproblem unserer Zeit, das Altern der Bevölkerung, könnte unter diesen Umständen jedoch nicht gelöst werden. Der potentielle Unterstützungskoeffizient sinkt von 4,41 (1995) auf 2,26. Einwanderung in einer Größenordnung, die zu einer konstanten Bevölkerungszahl in Deutschland führen würde, ist nicht ausreichend, um das Altern der Bevölkerung zum Stillstand zu bringen.

#### 4.2 Bestandserhaltung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Eine Bestandserhaltung der Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter tritt unter den Annahmen ein, die in der UN-Variante IV getroffen wurde (Tab. 1). In dieser Variante beträgt der Wanderungsgewinn Deutschlands im Durchschnitt von 1995 bis 2050 jährlich 458 Tsd. Personen, liegt also deutlich über den Werten, die die aktuelle demographische Lage in Deutschland kennzeichnen. Bereits mit dieser Variante dürfte die Grenze des Realen weit überschritten worden sein. Die Zahl der Gesamtzuwandernden umfasst in diesem Fall schon 25.209 Millionen Menschen. Als Konsequenz dieses Szenarios tritt ein Anstieg der Bevölkerungszahl auf 92 Millionen ein. Der

Zuwandereranteil stiege dann auf 36%. Aber auch in dem Fall einer konstanten Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter lässt sich der Prozess des Alterns der Bevölkerung nicht aufhalten. Der potentielle Unterstützungskoeffizient sinkt zwar etwas langsamer von 4,41 (1995) auf 2,44, aber dieser Rückgang zeigt an, dass die Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung fortschreiten.

### 4.3 Bestandserhaltung hinsichtlich der Relation der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zur Bevölkerung im Rentenalter

Diese Situation ist im UN-Szenario V simuliert worden (Tab. 1). Das ist eine Variante, in der der potentielle Unterstützungskoeffizient von 4,41 aus dem Jahr 1995 bis zum Ende des Prognosezeitraums 2050 konstant gehalten wurde. Das heißt, es findet kein Altern der Bevölkerung statt, die Relation der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu den Älteren bleibt unverändert. In ihrem Prognosemodell ließen die Bevölkerungsvorausschätzer der UN Population Division so viele Menschen nach Deutschland strömen, damit sich diese Annahme realisieren konnte. Die Ergebnisse dieser Rechnung führen uns sehr deutlich vor Augen, dass eine solche Entwicklung nur in einem Modell simuliert werden kann. Ein Eintreten der Annahmen des UN-Szenarios V scheint im Rahmen unserer heutigen Vorstellungskraft gänzlich unmöglich. Die folgenden Daten belegen dies eindrucksvoll. Damit ein Altern der Bevölkerung nicht eintritt, müsste von 1995 bis 2050 der jährliche Wanderungsgewinn Deutschlands 3,427 Millionen Menschen betragen. Die Bevölkerungszahl würde auf ca. 300 Millionen explodieren und der Zuwandereranteil sich auf 80% erhöhen. Diese Daten zeigen, dass das Altern der Bevölkerung mittels Einwanderung nicht aufhaltbar ist, wie es schlechthin keine demographische Lösung des Problems gibt. Sollte Altern über Einwanderung gestoppt werden, dann würde Deutschland weitgehend verstädtert sein. In diesen Stadtregionen würden die Deutschen eine absolute Minderheit sein. Ein Beispiel: Die heutige Bevölkerungsdichte Deutschlands beträgt 230 Einwohner je km. 2050 würde die Bevölkerungsdichte nach Szenario V 838 betragen. Das würde die Bevölkerungsdichte von Frankfurt/Main (643,6 Einwohner je km) deutlich übersteigen. Heute haben nur Berlin, München, Hamburg und Köln eine höhere Einwohnerdichte als sie dann Deutschland hätte.

Andere Vorausschätzungen führen zu Ergebnissen in vergleichbaren Dimensionen. *Herwig Birg* (1999: 33ff.) zeigt in seinen Berechnungen u.a., wie sich der Wanderungssaldo bei unterschiedlichen Fertilitätsannahmen entwickeln müsste, dass lediglich die Bevölkerungszahl auf konstantem Niveau verbleibt. Selbst bei der optimistischen Annahme einer zusammengefassten Geburtenziffer von 1,6 Kindern je Frau müsste die Zahl der Zuwanderer bis 2050 auf über 500 Tsd. jährlich steigen, damit nur die Bevölkerungszahl konstant bleibt. Ähnliches gilt für den Altenlastquotient (hier 60- bis 100-Jährige bezogen auf 100 der Bevölkerung im Alter 20-59 Jahre). Selbst bei der unrealistischen Zahl eines Zuwanderungsüberschusses von 600 Tsd. Personen jährlich steigt der Altenquotient bis 2030 sehr schnell und danach bis 2050 langsam. Das Problem verschärft sich nochmals, wenn die Lebenserwartung weiter ansteigt.

Alle diese Rechnungen sollen verdeutlichen: Es gibt keine demographische Lösung des Problems „Altern der Bevölkerung“. Die demographischen Lösungsansätze, sei es eine Erhöhung der Kinderzahlen oder eine verstärkte Einwanderung, sind in einem Bereich fern jeder Realität angesiedelt. ‚Replacement Migration‘ ist ein interessantes Gedanken- und Methodenspiel, aber auch nicht mehr, da es keine wirklichen Lösungen für unsere demographischen Probleme beinhaltet.

### 4.4 Anmerkungen zu den Bevölkerungsvoraus schätzungen in Deutschland

Die amtlich in Deutschland gerechneten Bevölkerungsvorausschätzungen und auch das UN-Szenario I beinhalten keine solche Gedankenspiele wie die zur Replacement Migration. Sie sind stärker an der Realität orientiert und führen uns damit vor Augen, was passieren würde, wenn die heutige Situation bis 2050 fortbesteht. In den Szenarien A, B und C (Tab. 1) der Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2050 des Bundesministeriums des Innern sind die Annahmen zu den Nettozuwanderungen viel niedriger als in den bereits diskutierten UN-Szenarien. Im UN-Szenario I, der regulären Modellrechnung (Revision 1998) wird fast der gleiche Wanderungssaldo wie im Modell B des BMI und fast identische Sterblichkeitsannahmen getroffen, allerdings nehmen die UN-Demographen eine auf 1,6 Kinder je Frau steigende Geburtenhäufigkeit an. UN-Szenario I und Modell B des BMI sind übrigens die mittleren Varianten, die bei ihren Annahmen so realitätsnah wie möglich sein wollen.

Vergleicht man die BMI-Modelle A bis C und das UN-Szenario I, so würde die Bevölkerungszahl statt zu explodieren leicht bis deutlich in einen Bereich von 64,791 bis 74,864 Millionen absinken. Der potentielle Unterstützungskoeffizient würde sich deutlich ungünstiger entwickeln. Auf eine Person im Alter von über 65 Jahren kämen statt 4,41 im Jahr 1995 im Jahr 2050 durchschnittlich nur noch 1,75 bis 2,05 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Dagegen würde der Ausländeranteil langsamer als in den UN-Szenarien III bis V auf Werte zwischen 12,2% und 21,4% ansteigen. Diese Szenarien, die die heutige Situation fortschreiben, machen darauf aufmerksam, dass ein Wanderungsüberschuss erwartet wird und nötig ist, denn Einwanderung kann zur Entspannung der demographisch schwierigen Situation beitragen.



## 5. Anmerkungen zum Zusammenhang von Migration und Integration

Der hier diskutierte UN-Bericht ist eine interessante und beachtenswerte Variante einer Bevölkerungsprognose. Es hat aber einen entscheidenden Nachteil. Die Studie zur ‚Replacement Migration‘ ist auf rein demographische Aspekte begrenzt. Werden Szenarien errechnet, die von sehr großen Migrationsströmen ausgehen, kommt man nicht umhin, nach den Folgen zu fragen. Hier stellt sich u.a. die Frage nach der Integration der Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft, an Bildung, Arbeitsplätze, Wohnungen und Wohnquartiere, aber auch an die Integrationsfähigkeit der Deutschen. Nicht betont werden muss, dass Migration sozusagen im Selbstlauf Integrationsanforderungen an die Gesellschaft stellt und natürlich auch zu Integrationsproblemen führt. Wie diese sich gestalten, hängt in hohem Maße von der Art der Einwanderung ab. Grundsätzlich sind zwei Arten von Einwanderung zu unterscheiden. Einerseits hat man es mit den Opfern von Kriegen, Katastrophen, Flucht und Vertreibung zu tun. Zu deren Aufnahme sind die westlichen Wohlfahrtsgesellschaften moralisch verpflichtet (Süßmuth 2000: 2). Die Zuwanderung erfolgt in diesem Fall auf der Basis des Rechts auf Asyl. Man hat es dabei mit Zuwanderern zu tun, die sich als (Bürger)Kriegsflüchtlinge nicht dauerhaft in Deutschland ansiedeln wollen oder die sich als Asylbewerber zunächst nicht auf den Arbeitsmarkt begeben dürfen. Beides sind ungünstige Voraussetzungen für eine gelungene Integration. Die Migration nach Deutschland basierte in den letzten Jahren eben auf dieser Art der Zuwanderung. Das hat Integrationsprobleme geschaffen und auch verhindert, dass die Innovationspotentiale dieser Zuwanderer zum Tragen kommen.

Andererseits erfolgt Einwanderung als Arbeitsmarkt- und Wohlstandswanderung. In diesem Fall ziehen qualifizierte Fachkräfte zu, die ein deutlich höheres Integrationspotential besitzen, da sie längerfristig in Deutschland leben und arbeiten wollen, wozu sie auch die Möglichkeit des Familiennachzugs benötigen, und die sich aufgrund ihrer Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt behaupten können und zusätzliche Beitragszahler sind. Um diese beiden Arten der Zuwanderung nach Deutschland dreht sich die gegenwärtige Einwanderungsdebatte. Sie ist in das Spannungsfeld von Asyl und geregelter Einwanderung geraten. Dieses Spannungsfeld baut sich zwischen der Integrationsfähigkeit der Gesellschaft bzw. ihrer Überforderung und dem Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft an qualifizierten Fachkräften auf. Hier besteht eindeutig ein politischer Handlungsbedarf, und hier zeigt sich auch die Begrenztheit von Bevölkerungsvorausschätzungen. Die Frage, wie viele Zuwanderer ein Land braucht und wie viel es verträgt, kann mit Hilfe von Modellen und Vorausberechnungen nicht beantwortet werden.

## 6. Abschließende Bemerkungen

Bei den Bevölkerungswissenschaftlern hat sich die Erkenntnis verfestigt, dass die Geburtenzahlen auf absehbare Zeit nicht in einem Maß ansteigen werden, das zu einer Abfederung des Alterns der Bevölkerung führt. Selbst Anstiege der zusammengefassten Geburtenziffer in einen Bereich von 1,6 bis 1,8 würde dem Strukturwandel im Altersaufbau der Bevölkerung kaum entgegenwirken. Aus dieser Sicht ist es nur konsequent, dass die Variante ‚Abschwächung des Alterns durch Einwanderung‘ stärker ins Blickfeld geraten ist. Damit entstehen die Fragen nach dem Ziel der Einwanderung, ihrem Ausmaß und den damit verbundenen positiven als auch negativen Folgen.

Die Ergebnisse der UN-Prognoseszenarien, die sich an den verschiedenen Aspekten der ‚Replacement Migration‘ orientieren, warnen uns vor dem Versuch, demographische Lösungen für demographische Probleme anzustreben. Ziel einer Einwanderungspolitik kann es daher keinesfalls sein, Bestandserhaltung auf die eine oder andere Art zu erreichen. Selbst der Versuch, nur die Bevölkerungszahl konstant zu halten, hätte eine deutliche Erhöhung der jährlichen Nettozuwanderung zur Bedingung. Damit würden sich die ohnehin schon bestehenden Integrationsschwierigkeiten in Deutschland noch erhöhen. Das Altern der Bevölkerung könnte in einem solchen Fall zwar gemildert, aber nicht zum Stillstand gebracht werden. Der Alterungsprozess verläuft selbst dann weiter, wenn es über eine hohe Zahl an Zuwandernden gelingt, die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auf gleichem Niveau zu ersetzen. Die Geschwindigkeit des Alterns würde sich dann im Vergleich zur Variante ‚Replacement der Bevölkerungszahl‘ noch mal verlangsamen, die Integrationsproblematik würde aber in eine neue Dimension verlagert. Das Altern kann erst dann gestoppt werden, wenn die unvorstellbare Zahl einer Nettomigration von jährlich fast 3,5 Millionen Menschen erreicht wird. Der Anteil der Deutschen würde in diesem Fall bis 2050 auf 20% sinken, womit die Integrationsfrage einen ganz neuen Inhalt bekommen würde. Sie würde sich dann für die Deutschen so stellen, wie sie sich jetzt für die Ausländer in Deutschland stellt, nämlich sich in eine andere Kultur integrieren zu müssen.


Das Altern der Bevölkerung kann mit Sicherheit in den nächsten 50 Jahren nicht zum Stillstand gebracht werden. Es muss klar gesehen werden, dass es keine demographische Lösung des Problems gibt. Eine ‚Replacement Migration‘ ist praktisch nicht durchführbar. Sie wird ein Prognoseszenario, ein Modellexperiment, ein Gedankenspiel bleiben, das nicht an den Gegebenheiten in Deutschland orientiert ist. Dies führt aber nicht zu dem Schluss, auf Einwanderung zu verzichten. Die verschiedenen Modellrechnungen bestätigen die Notwendigkeit von Einwanderung, da die Extrempositionen Nullwanderung und ‚Replacement Migration‘ nicht realisierbar sind. Der Verzicht auf Einwanderung bedeutet noch beschleunigteres Altern und sollte nicht hingenommen werden. Damit ist Deutschland der Zwang zur Entscheidung für eine geregelte Einwanderung auferlegt, bei der wirtschaftliche Erfordernisse im Vordergrund stehen, nämlich Engpässe auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen. Dies setzt voraus, Defizite bei der Integration abzubauen und für ein gedeihliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern nachhaltig Sorge zu tragen. Daneben kann Einwanderung etwas die alterungsbedingten Probleme mildern. Voraussetzung dazu ist die Erwerbstätigkeit der Zuwanderer, die zu Beitragszahlungen zu den Sozialversicherungen führt. Freilich erwerben die Zuwanderer dadurch



auch Ansprüche, die, da auch die ausländische Bevölkerung altert, später einzulösen sind, ob in Deutschland oder bei Rückwanderung im Herkunftsland. Es ist dieser Sachverhalt, der im Wesentlichen erklärt, warum Einwanderung die Alterung der Bevölkerung nur mittelfristig mildert.

Auch wenn die von der UN gerechneten Prognosevarianten nicht zur Zielfindung für eine deutsche Einwanderungspolitik geeignet sind, haben sie doch einen hohen Wert für die Diskussion um das ‚Einwanderungsland Deutschland‘. Sie haben der Öffentlichkeit noch mal vor Augen geführt, wie wichtig eine Debatte um die demographische Lage ist, welche Handlungsstrategien real und welche illusorisch sind und sie haben die ohnehin in Deutschland stattfindende gesellschaftliche und politische Diskussion um Einwanderung bereichert und intensiviert. Die aus der bevölkerungswissenschaftlichen Sicht wichtigste Botschaft in dieser Diskussion an die Politik ist, dass das Altern der Bevölkerung in Deutschland unabwendbar ist und es keine demographischen Lösungen des Problems gibt. Das Alterungsproblem mit all seinen Konsequenzen für unsere sozialen Sicherheitssysteme bedarf dringend und hauptsächlich gesellschaftspolitischer Lösungsstrategien. Einwanderung ist nur eine der Optionen, wenn es zum Mangel an Arbeitskräften (und Beitragszahlern) kommt. Im Zusammenhang mit Einwanderung ist die Entwicklung umfassender Integrationskonzepte dringend anzunehmen. Deutschland war in den 90er Jahren eines der bedeutendsten Zuwanderungsländer in Westeuropa. Bei einem anhaltenden Wachstum der weltweiten Wanderungsströme wird dies auch in Zukunft so bleiben. Der auf Deutschland lastende Wanderungsdruck wird eher zunehmen als geringer werden. Dass Zuwanderer auch in Zukunft nach Deutschland kommen, ist eine unausweichliche Tatsache. Ist es in diesem Fall nicht günstiger, diese Einwanderung im Sinne Deutschlands zu regeln als sie dem freien Spiel der Kräfte anzuvertrauen?

## Literaturverzeichnis

- Birg, Herwig*, 1998: Demographisches Wissen und politische Verantwortung, Überlegungen zur Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 23, 3: 221-251
- Bundesministerium des Innern*, 1980: Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1. Teil: Analyse der bisherigen Bevölkerungsentwicklung und Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung. Bonn: Bundesministerium des Innern (Bundestags-Drucksache 8/4437)
- Bundesministerium des Innern*, 1984: Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 2. Teil: Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft. Bonn: Bundesministerium des Innern (Bundestags-Drucksache 10/863)
- Bundesministerium des Innern*, 2000: Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2050. Berlin: Bundesministerium des Innern
- Deutscher Bundestag*, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 1994: Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Bonn: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit
- Deutscher Bundestag*, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 1998: Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ - Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Bonn: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit
- Fuchs, Johann*, 1999: Die langfristige Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung demographischer Aspekte. In: *Grünheid; Höhn* (Hrsg.): a.a.O.: 69-87
- Grünheid, Evelyn; Höhn, Charlotte* (Hrsg.), 1999: Demographische Alterung und Wirtschaftswachstum. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung 29. Opladen: Leske + Budrich
- Hof, Bernd*, 1999: Demographische Alterung und ökonomische Aspekte der Migration. In: *Grünheid; Höhn* (Hrsg.): a.a.O.: 108-130
- Höhn, Charlotte*, 1986: Amtliche Bevölkerungsvorausschätzungen seit 1925 - eine kurze Geschichte der Politikberatung und des demographischen Klimas. In: *Hanau, Klaus* et al. (Hrsg.), Wirtschafts- und Sozialstatistik. Empirische Grundlagen politischer Entscheidungen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht: 209-231
- Höhn, Charlotte*, 1999: Die demographische Alterung - Bestimmungsgründe und wesentliche Entwicklungen. In: *Grünheid; Höhn* (Hrsg.): a.a.O.: 9-32
- Höhn, Charlotte* (2000a): Bestandserhaltungsmigration: Ist dies eine Lösung für abnehmende und alternde Bevölkerungen? In: BiB-Mitteilungen 2: 12-15
- Höhn, Charlotte*, 2000b: Policy responses to population ageing and population decline in Germany. Manuskript zum UN Expert Group Meeting „Policy responses to population ageing and population decline“
- Höhn, Charlotte; Dorbritz, Jürgen*, 2000: The future of the family and future fertility trends in Germany. In: Below Replacement Fertility. Population Bulletin of the United Nations, Special Issue Nos. 40/41:1999: 218-234
- Knappe, Eckhard; Optendrenk, Sonja*, 1999: Der Einfluss des demographischen Wandels auf die Kranken- und Pflegeversicherung. In: *Grünheid; Höhn* (Hrsg.): a.a.O.: 157-178
-  *Preston, Samuel*, 1984: Children and the elderly: divergent paths for America's dependents. In: Demography 21, 4: 435-457
- Sommer, Bettina*, 2001: Entwicklung der Bevölkerung bis 2050. Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder. In: Wirtschaft und Statistik 1: 22-29
- Statistisches Bundesamt*, 2000: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt
- Süssmuth, Rita*, 2000: Einwanderung - Brücke in die Zukunft? In: Bevölkerung & Entwicklung, Informationsdienst der Deutschen Gesellschaft für

die Vereinten Nationen, Nr. 44, Dezember 2000

*United Nations*, 2000a: Replacement Migration: Is it A Solution to Declining and Ageing Populations? New York: United Nations (ESA/P/WP.160)

*United Nations*, 2000b: Policy Responses to Population Ageing and Population Decline. Manuskripte zum UN Expert Group Meeting „Policy Responses to Population Ageing and Population Decline“ (zur Veröffentlichung vorgesehen in: Population Bulletin of the United Nations)

*Viebrok, Holger*, 1999: Wirtschaftswachstum, demographische Veränderungen und Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung. In: *Grünheid; Höhn* (Hrsg.): a.a.O.: 132-154

(Anschrift d. Verf.: Prof. Dr. Charlotte Höhn, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 65180 Wiesbaden)

1) Prof. Dr. Charlotte Höhn ist Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt